

Gemeinsame Erklärung:

Verbraucherschutz in die Finanzaufsicht!

Die Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine gewaltige politische und gesellschaftliche Herausforderung. Zahlreiche Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen haben durch eigene Untersuchungen und Stellungnahmen auf die Folgen der Wirtschaftskrise für die Menschen hingewiesen. Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen drohen, die Lebenslage vieler Menschen dramatisch zu verschlechtern und das Auseinanderdriften von Arm und Reich zu beschleunigen. Es muss eine zentrale Aufgabe der Politik sein, die Folgen der Krise sozial gerecht zu verteilen, die Finanzwirtschaft als Verursacherin an den Kosten zu beteiligen und die Finanzaufsicht zu stärken, um künftige Krisen zu verhindern.

Allerdings sind auch zwei Jahre nach dem Crash an den internationalen Finanzmärkten Verbraucherinnen und Verbraucher im Finanzmarkt unzureichend geschützt: Zwischen Anbietern und Kunden besteht ein starkes Informationsgefälle, ein zu hoher und für die Bankmitarbeiter krankmachender Verkaufs- und Provisionsdruck, der zu falschen Produktempfehlungen führt, die Aufsichtsstruktur ist zersplittert und es gibt zahlreiche Aufsichtslücken. Verbraucher verlieren durch schlechte Finanzprodukte und fehlerhafte Beratungen jährlich viel Geld. Die Folge: Große Probleme bei der privaten Altersvorsorge und ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden.

Die Politik war nicht untätig: Längere Verjährungsfristen bei Falschberatungen und die Pflicht zur Dokumentation von Beratungsgesprächen sind Schritte in die richtige Richtung. Doch es fehlt den Bemühungen der Bundesregierung bislang der Blick für das große Ganze. In der Finanzaufsicht klafft beim Verbraucherschutz eine sträfliche Kontrolllücke.

Selbst in der Finanzmetropole London bezieht die Finanzaufsicht Verbraucherinteressen aktiv und pragmatisch in ihre Arbeit mit ein. Auch andere europäische Aufsichtssysteme sind verbraucherorientiert angelegt. Sie entsprechen damit europarechtlichen Standards, wie der Finanzmarktrichtlinie. Bei der Reform der europäischen Finanzaufsicht soll Verbraucherschutz ebenfalls als Aufsichtsziel anerkannt werden. Anders in Deutschland: Der Verbraucherschutz ist hierzulande nur unzureichend in die Finanzaufsicht integriert. Die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors betrachten die zuständigen Behörden bislang nur im Hinblick auf die Solvenzsicherung und beschränken sich darauf, die Zuverlässigkeit von Banken, Finanzdienstleistungsinstituten und Versicherungsunternehmen zu überwachen. Das darf nicht so bleiben!

Derzeit diskutiert die Bundesregierung über eine Reform der Finanzaufsicht. Wir fordern, dies zum Anlass zu nehmen, um den Verbraucherschutz endlich auch in Deutschland institutionell effektiv zu verankern. Konkret bedeutet dies:

- **Verbraucherschutz als Aufsichtsziel:** Die Finanzaufsicht muss den gesetzlichen Auftrag erhalten, sich aktiv um den Verbraucherschutz zu kümmern.
- **Beschwerderecht:** Verbraucherorganisationen müssen ein formalisiertes Beschwerderecht erhalten, mit dem sie die Finanzaufsicht darauf aufmerksam

machen können, wenn Verbraucherinteressen im Finanzmarkt signifikant verletzt werden. Die Kontrollbehörden sind dann verpflichtet, entweder Maßnahmen gegen den Missstand zu ergreifen oder darzulegen, warum sie es nicht tun.

- **Kontrolle des Verkaufs:** Die Finanzaufsicht muss auch kontrollieren, ob beim Verkaufsgespräch mit dem Verbraucher fair umgegangen wird. Faire Beratung setzt auch einen fairen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Finanzinstituten voraus. Die Kundenberater müssen vor dem Interessenkonflikt zwischen Vertriebsvorgaben und verbrauchergerechter Anlageberatung geschützt werden.
- **Verkaufsverbot:** Die Finanzaufsicht muss komplexe und mit besonderen Risiken verbundene Finanzprodukte vom Publikumsverkauf ausschließen können und wird darin vom Gesetzgeber unterstützt. Das heißt, Produktgruppen sind hinsichtlich der Geeignetheit für den aktiven Vertrieb an Verbraucher zu prüfen.
- **Aufsichtslücken schließen:** Der gesamte Finanzmarkt, auch der Graue Kapitalmarkt, ist der Aufsicht zu unterstellen.

Unterstützer:

- Aktion Gemeinsinn e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V.
- Bauherren-Schutzbund e.V.
- Baum Reiter & Kollegen
- Dr. Werner Brinkmann, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Tobias Brönneke, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V.
- Bundesverband der Unfallopfer in Deutschland e.V.
- Bundesverband der Versicherungsberater e.V.
- Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung und Handel e.V.
- Bundesverband öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger e.V.
- DSW- Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
- Deutscher Familienverband e.V.
- Deutscher Frauenring e.V.
- Deutscher Mieterbund e.V.
- DHB-Netzwerk Haushalt. Berufsverband der Haushaltführenden e.V.
- Ethikverband der Deutschen Wirtschaft e.V.

- Prof. Dr. Christoph Fasel, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Humanistischer Verband Deutschlands - Bundesverband
- Landesverband hauswirtschaftlicher Berufe MdH NRW e.V.
- M.S.K. e.V. Bundesverband, Initiative Selbsthilfe Multiple Sklerose Kranker e.V.
- Institut für Finanzdienstleistungen e.V.
- Prof. Dr. Helmut Jungermann, Technische Universität Berlin
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, Bundesverband e.V.
- Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt - Arbeitsgemeinschaft in der EKD
- KKV - Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e.V.
- Prof. Dr. Barbara Methfessel, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Lucia A. Reisch, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Ortwin Renn, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V.
- Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski, Humboldt-Universität zu Berlin
- Sozialverband Deutschland e.V.
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Prof. Walter Stahel, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Nico Stehr, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Jürgen Stellpflug, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Stiftung Warentest
- Prof. Dr. Christoph Strünck, Universität Siegen
- Transparency International Deutschland e.V.
- Verband Wohneigentum e.V.
- VerbraucherService Bayern im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V.
- Verbraucherzentrale Berlin e.V.
- Verbraucherzentrale Bremen e.V.
- Verbraucherzentrale Hessen e.V.
- Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.
- Verbraucherzentrale Saarland e.V.
- Verbraucherzentrale Sachsen e.V.
- Beate Weiser, Verbraucherkommission Baden-Württemberg
- Prof. Götz W. Werner, Verbraucherkommission Baden-Württemberg